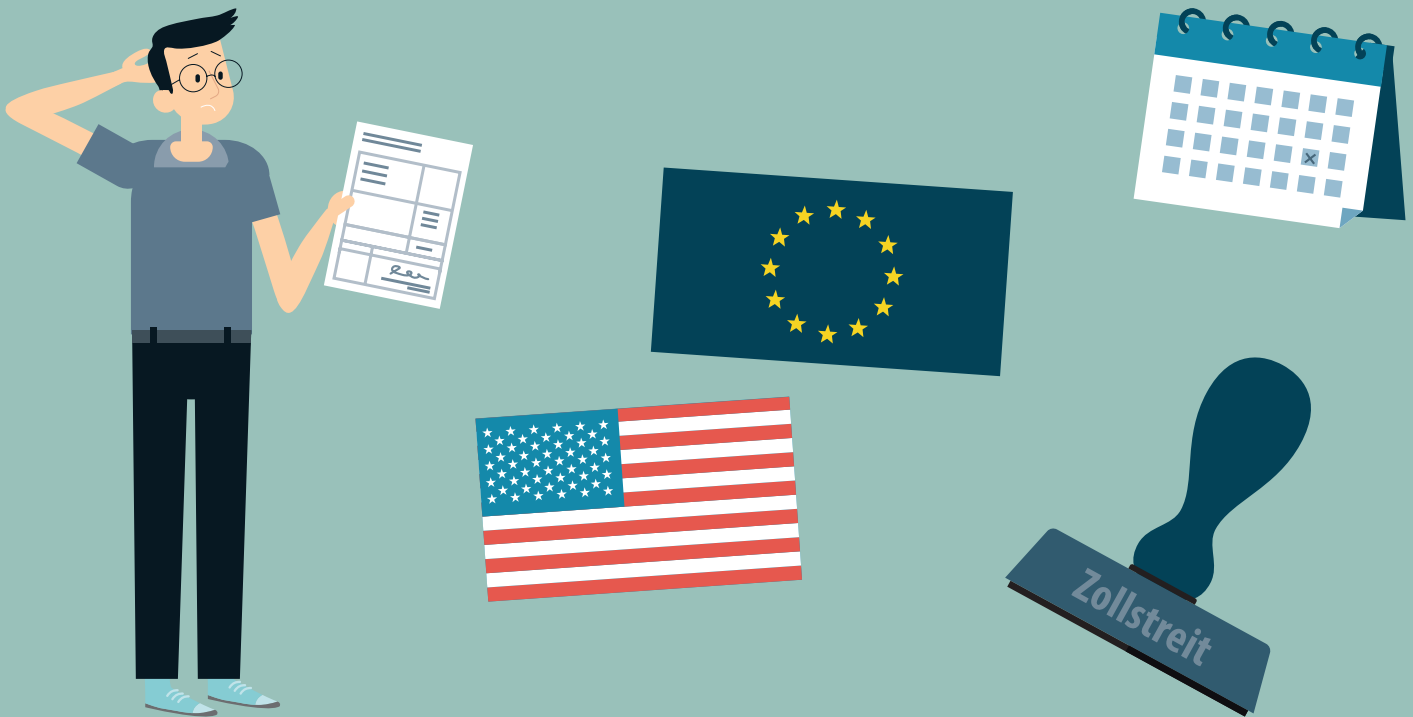


Weltwirtschaft sucht angemessene Ansätze zur Lösung der Zollkonflikte



3 Kann sich die Wirtschaft unter US-Präsident Trump erholen?

Donald Trump hält auch 2026 die wirtschaftlichen Zügel in der Hand.

4 Deutschlands Industrie wartet auf konstanten Aufschwung

Der geringe Aufschwung der deutschen Wirtschaft kann die Krise nicht eindämmen.

5 **Top-Thema**

Europa bleibt Antworten auf US-Zölle bisher schuldig

Obwohl die USA sich selbst schaden, ist die EU Opfer neuer US-Zölle.

12 Deutsche Verbände sprechen sich für mehr Entschlossenheit aus

Bundesregierung ist gefordert, heimische Unternehmen stärker zu entlasten.



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

Neue Probleme auf dem Weg zu wirtschaftlicher Stabilität

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Beobachter hatten zum Jahresbeginn ein Urteil des Supreme Courts zur US-Zollpolitik erwartet. Das Gericht aber entschied, sich mehr Zeit für die abschließende Einschätzung der Rechtslage rund um die umstrittenen Maßnahmen der Regierung Trump zu nehmen. Zudem entwickelten sich neue Krisenherde, die global für Wirbel sorgten. Die Krise in Venezuela war in diesem Zusammenhang nur ein Faktor. Auch mit Blick auf die Lage im Iran spielte der US-Präsident seine Stärke aus. Zeitgleich etwa kündigte sich für die so wichtige deutsche Exportwirtschaft ein Auftragsschock an – die Aufträge brachen nochmals ein und sanken auf den niedrigsten Stand seit rund 1,5 Jahren. In Verbindung mit hohen Rohstoffpreisen wächst der Druck auf die deutsche Wirtschaft. Dem Auftragsminus stand jedoch ein unerwartetes Produktionsplus gegenüber.

Mit besten Grüßen, Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

NEWS 3

- ☐ Erkennbarer Widerstand gegen die US-Zollpolitik

NEWS 4

- ☐ Deutsches Wachstum bleibt volatil

TOP-THEMA 5

- ☐ Rohstoffkurse eskalieren aufgrund des Zollstreits weiter

CHARTS DER AUSGABE 8

METALLERZEUGNISSE 10

KURZMELDUNGEN 12

- ☐ Kann die Partnerschaft mit Südamerika Probleme lösen?



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 9 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2026 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „Weltwirtschaft sucht angemessene Ansätze zur Lösung der Zollkonflikte“ liegt der Ausgabe 03/2026 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

NEWS

Entwickelt sich 2026 zum Jahr der großen Wirtschaftskonflikte?

Die erneute Urteilsverschiebung des US-Supreme Courts zu den Strafzöllen der USA Mitte Januar hält sowohl die Vereinigten Staaten als auch die von den Zöllen betroffenen Länder weiterhin im Ungewissen. Gerade für die Administration Trump steht nach Einschätzungen von Experten viel auf dem Spiel. Die Entscheidung könnte massive Folgen für die Inflation und den US-Haushalt haben. Trotz der ohnehin hohen Unsicherheiten drohte der US-Präsident im Iran-Konflikt Partnern des Regimes mit hohen Zöllen. Betroffen wäre unter anderem China, das Waren im Milliardenwert mit Iran handelt und den Großteil des iranischen Öls abnimmt. Indirekt würde auch Deutschland die Sanktionen spüren.

Trumps Politik kennt noch immer nur ein Wachstumsziel

Über 80 % der Öllieferungen der Islamischen Republik gehen Analysten zufolge an China. Kein Wunder, dass Kritik aus Peking nach den Drohungen aus dem Weißen Haus nicht lange auf sich warten ließ. Einmal mehr lautete die klare Botschaft des chinesischen Außenministeriums: In einem Zollstreit könne es keinen Sieger geben. Setzt Donald Trump seine Ankündigung dauerhaft in die Tat um, könnte dies einen Rückfall in die schlimmste Phase des Handelsstreits im Jahr 2025 bedeuten – in die Zeit, bevor sich die beiden führenden Wirtschaftsmächte auf einen Deal geeinigt hatten. China importierte beispielsweise 2022 Güter im Gesamtwert von gut 22 Milliarden US-Dollar aus Iran, der wiederum Waren mit einem Volumen von 15 Milliarden US-Dollar von seinem Partner bezog. Auch andere Staaten treiben trotz scharfer Sanktionen der USA nach wie vor regen Handel mit Iran.

Deutschlands Wirtschaft hängt am Tropf seiner Partner

Deutschlands Exporte fallen gemessen an den genannten Daten überschaubar aus. In der Zeit von Januar bis November 2025 beliefen sich die Ausfuhren in Richtung Iran auf etwa 871 Millionen €. Dies entsprach lediglich 0,1 % des gesamten deutschen Exportvolumens, wie die Deutsch-Iranische Handelskammer berichtete. Der direkte Einfluss möglicher neuer Strafzölle auf die deutsche Wirtschaft würde sich in Grenzen halten. Durch Beziehungen mit stärker betroffenen Partnern Irans könnten deutsche Unternehmen dennoch in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Folgen wären insofern ein weiterer, wenn auch kleiner Stein im Mosaik der heimischen Krise. Bei Redaktionsschluss war unklar, ob Trump die Ankündigung wahr machen würde.

Sollten die Richter geltende Handelsbarrieren für widerrechtlich erklären, wäre dies ein schwerer Schlag ins Kontor der US-Regierung. Dessen ist sich Trump bewusst, wie Postings auf seiner Plattform Truth Social zu entnehmen war. Alles steht und fällt mit der Frage, ob Trump Importzölle auf Grundlage eines Notstandsgesetzes verhängen durfte. Es geht um nichts weniger als eine Grundsatzentscheidung.

Konflikt zwischen China und den USA bestimmt die Lage

Währenddessen waren der Zollstreit und die Entwicklungen in Iran zum Jahresbeginn keineswegs die einzigen Herausforderungen. Auch in Venezuela geht es den USA wohl weniger um Themen wie Demokratie und Menschenrechte als um die riesigen Ölreserven des Landes. Dies zeigte sich unter anderem daran, mit welcher Eile Washington auf den Abschluss erster Kaufverträge drängte. Während der US-Präsident das Bündnis beider Länder als „für alle spektakulär“ bezeichnete, äußerten verschiedene Beobachter Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der geplanten Öllieferungen. Der größere Einfluss der Vereinigten Staaten auf Iran und Venezuela setzt allgemein insbesondere die Widersacher China und Russland unter Druck, deren Bedeutung im Wettrennen um Ölbestände in immer mehr Regionen schwinden könnte.

Weltwirtschaftsforum: Warnungen vor schärferer Stimmung

Aus europäischer Sicht bleiben die Forderungen nach einem möglichen Anschluss Grönlands an die USA ein heißes Eisen. Die Relevanz lässt sich daran ablesen, wie schnell erste EU-Staaten Soldaten in die Region entsandten und Gespräche mit der US-Regierung aufgenommen wurden. Dass die genannten Krisen erst der Startschuss weitreichender Schwierigkeiten sein könnten, lässt der aktuelle „Global Risk Report“ des Weltwirtschaftsforums (WEF) erahnen. Der Bericht sieht in Wirtschaftskrisen das größte Risiko im Jahr 2026. Die globale Stimmung wird zunehmend rauer, „wirtschaftliche Machtkämpfe zwischen Staaten“ nehmen zu. Als Risikofaktoren nannte WEF-Geschäftsführerin Saadia Zahidi im Rahmen ihrer Präsentation beispielsweise steigende Zölle, striktere Beschränkungen von Angeboten kritischer Mineralien (Stichwort: Seltene Erden) und zunehmende Kontrollen im Bereich ausländischer Investitionen.

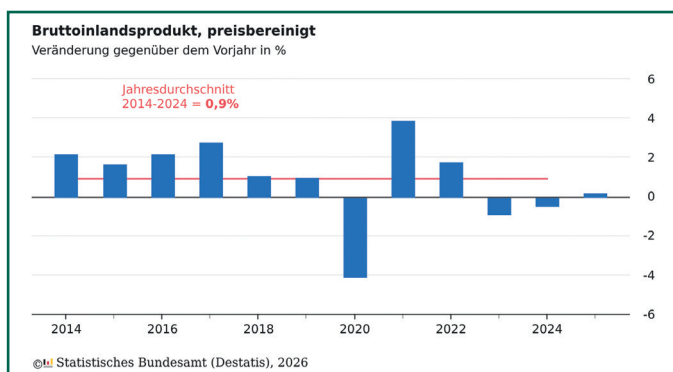
Der Report fußt auf Bewertungen von Experten verschiedenster Fachrichtungen, die in „geoökonomischer Konfrontation“ die zentrale Gefahr für die Weltwirtschaft sehen. Zwischenstaatliche Konflikte, Desinformation oder extreme klimatische Probleme rangierten in der Befragung auf Platz 2 der größten Risiken.

Leichtes Wirtschaftsplus: Dauerbrenner oder Eintagsfliege?

Erfreulich waren die Zahlen, die das Statistische Bundesamt für das vergangene Jahr im Januar veröffentlichen konnte. Um immerhin 0,2 % stieg das deutsche Bruttoinlandsprodukt trotz aller Probleme am Ende doch noch. Die Reaktionen auf die Bekanntgabe fielen erwartungsgemäß sehr unterschiedlich aus. In einem Punkt aber waren sich die meisten Experten einig: Dass die Wirtschaft nach 2 Jahren der Rezession endlich wieder wachsen konnte, schürt zunächst einmal die Hoffnung und bringt die Erkenntnis, dass sogar vor dem Hintergrund eines derart unkalkulierbaren Zollkriegs Wachstum möglich ist. Der besagte Handelsstreit ist gleichzeitig aber der meistgenannte Grund in Analysen, die weiteres Wachstum eher für unwahrscheinlich halten.

Mini-Wachstum ist im Gesamtkontext einzuordnen

Die Statistiker der Wiesbadener Behörde führten als Begründung für das minimale Plus nicht generell den Aufschwung in der Industrie an. Vielmehr ist der Ausbruch aus der rezessiven Stimmung die Folge der Investitionsbereitschaft des Staates sowie der besseren Konsumlaune im privaten Sektor gewesen. Bundesamts-Präsidentin Ruth Brand betonte die andauernde Schwäche des deutschen Exportsektors.



Das Wachstum 2025 ist kein seriöses Trendsignal (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Der Wettbewerb mit China fand sich in der Zusammenfassung Brands zu den Exportsorgen ebenso wieder wie die Aufwertung der europäischen Gemeinschaftswährung. Als weitere Ursache führte die Präsidentin fehlende industrielle Investitionen an. Die Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen seien 2025 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Und natürlich waren auch die hohen US-Zölle während der Pressekonferenz „Bruttoinlandsprodukt 2025“ ein Thema. Einen wiederholten Rückgang der Bruttowertschöpfung ermittelte die Behörde für das Baugewerbe und das Verarbeitende Gewerbe. Die grundsätzliche Bruttowertschöpfung lag preisbereinigt 0,1 % unter dem Wert des Vorjahres. Für das Verarbeitende Gewerbe handelte es sich um den dritten Rückgang hintereinander.

Traditionell starke Industriebereiche in schwierigem Fahrwasser

Der Konkurrenzdruck zeigte sich nicht zuletzt in so entscheidenden Bereichen wie dem Maschinenbau und der Automobilindustrie; erneut belastet die Krise zudem energieintensive Industrie-

zweige wie die chemische Industrie. Unterm Strich verschob sich ein weiteres Mal das Verhältnis zwischen dem deutschen Im- und Export. Während der Außenhandel (-0,3 %) schwächelte, beläuft sich das Importplus preisbereinigt auf 3,6 %. Lobenswert hebt das Bundesamt den Rückgang der Defizitquote auf Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden und der Sozialversicherung hervor. Das Finanzierungsdefizit ist laut vorläufigen Kalkulationen um ca. 8 Milliarden € gesunken.

Derzeitiger Zolldeal mit den USA bremst Europa aus

Für die nahe Zukunft zeichnet eine Auswertung des ifo-Zentrums für Außenwirtschaft ein dunkles Szenario. Zuvorderst sind es die US-Importzölle, deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft zum Jahresende allzu offensichtlich waren. Die Wirtschaftsforscher kamen zu dem Ergebnis, dass allein die „America First“-Handelspolitik der deutschen Wirtschaftsleistung ein jährliches Minus von 0,13 % einbringen würde. Fast ein Viertel hätten die deutschen US-Exporte 2025 bis November unter jenen des Vorjahres gelegen.

Dieser Faktor dürfe trotz leichten Wachstums nicht unterschätzt werden. Bedenkt man die genannten Expertenmeinungen, wird nochmals deutlich, weshalb das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA noch immer in der Kritik steht. Zumal die USA beispielsweise von der Möglichkeit zollfreier Auto-Exporte nach Europa profitieren.

Freihandelsabkommen soll Europa unabhängiger machen

Chancen für einen neuen, besseren Deal mit den USA könnten sich aus dem erwarteten Urteil des Supreme Courts ergeben. Ein Weg aus der Krise könnte gemäß einer Studie des ifo-Instituts das neue Freihandelsabkommen sein. Gemeint ist das EU-Mercosur-Abkommen, das nach über 26 Jahre Verhandlungen endlich zum Abschluss kommen sollte. Gibt das EU-Parlament grünes Licht, soll das Abkommen Europa besseren Zugang zu relevanten, teils kritischen Rohstoffen garantieren.

Unumstritten ist das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten gleichwohl nicht nur bei Landwirten. Auch Umweltschützer hegen große Bedenken. Ohne bessere Handelsbeziehungen rechnen viele Ökonomen jedoch erst ab 2027 mit mehr Wachstum.

TOP-THEMA

Weitere Eskalationen im Zollstreit immer wahrscheinlicher

Auch ohne hellseherische Fähigkeiten stand bereits zur Mitte des ersten Quartals fest, dass Zölle in der einen oder anderen Weise noch lange eine Rolle spielen. Schließlich sind diese gewissermaßen des US-Präsidenten „liebstes“ Instrument, um Druck auf den Rest der Welt auszuüben. Deshalb hatte das Weiße Haus frühzeitig die Prüfung alternativer juristischer Optionen angekündigt, um im Fall einer unerwünschten Supreme-Court-Entscheidung auf zollpolitische Maßnahmen zurückgreifen zu können. Auch verfolgte Donald Trump zum Jahresstart trotz bevorstehender Mid-term-Wahlen und zunehmenden Missmuts in der Bevölkerung einen noch härteren Kurs als im ersten Jahr seiner zweiten Amtszeit.



Auch in der eigenen Partei erhält Trump Gegenwind

Faktisch wächst der Widerstand gegen Trumps Politik nicht nur bei den Wählerinnen und Wählern. Auch politisch rumort es zu sehends, sogar in den eigenen Reihen. Spätestens die Forderung, Grönland unter die Kontrolle der USA zu bringen, veranlasste eine wachsende Gruppe innerhalb der republikanischen Partei zum Kopfschütteln. Ob die angedrohten US-Strafmaßnahmen im Schulterschluss mit den Demokraten gestoppt werden können, war zum Redaktionsschluss ungewiss. Fest stand hingegen, dass das Weiße Haus in diesem Fall nach weiteren Wegen zur Übernahme Grönlands suchen würde. Die überraschende Einigung rund um das Weltwirtschaftsforum in Davos werteten viele Beobachter als erneuten Beweis für die Unberechenbarkeit Trumps.

Die in der vorherigen Kritik verwendeten Begriffe wie „töricht“ oder „große Dummheit“ hätten den US-Präsidenten erfahrungsgemäß sogar eher anstacheln müssen. Einmal mehr handelte Trump anders als erwartet. Eine Belastung ist das vermeintlich unüberlegte Handeln für die Beziehungen zu engsten Verbündeten dennoch, wie es etwa Senator Bernie Sanders wiederholt formulierte.



Die Beziehungen zwischen der EU und den USA bleiben schwierig (Quelle: selbst/KI).

Studien sehen die USA als Hauptleidtragende der Strafzölle

Dabei gäbe es gute Gründe für Trump, die Warnungen zu beherzigen. Etliche Studien zeigen, dass die Zollpolitik in erster Linie der heimischen Wirtschaft erheblichen Schaden zufügt. Beispielsweise sei auf eine Analyse des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel) verwiesen. Die Experten untersuchten, welche Auswirkungen die Zollsanktionen bisher hatten. Die Zolllast habe zu einem ausgesprochen geringen Anteil von nur 4 % ausländische Exporteure getroffen. 96 % der Kosten hingegen würden momentan zu Lasten der US-Käufer gehen. Mehr noch habe das US-Handelsvolumen bei gleichzeitig stabilen Exportpreisen einen Einbruch erlitten. So lag es nahe, dass der Rückhalt aus der US-amerikanischen Industrie ebenfalls sukzessiv sinkt. Das Institut hatte für seine Studie mehr als 25 Millionen Lieferdatensätze zu US-Importen berücksichtigt, die einen Gesamtwert von fast 4 Billionen US-Dollar hatten.

Amerikas Zollpolitik scheitert an falschen Ideen Trumps

Die Einnahmen aus Zöllen bezifferte das Institut auf gut 200 Milliarden US-Dollar. Das Urteil des IfW-Forschungsdirektors Julian Hinz fiel eindeutig aus: Die verhängten Zölle sind aus Sicht der USA „ein Eigentor“. Das Unterfangen, Händler in Staaten wie Brasilien oder Indien, für die seit August besonders hohe Zölle gelten, zu Preissenkungen zu zwingen, sei gescheitert. Exporteure aus den besagten Ländern hätten den Erwartungen der US-Regierung auf derlei Maßnahmen nicht entsprochen. Dafür sei in den letzten Monaten die Menge verfügbarer Güter aus dem Ausland in den USA gesunken. Studien-Mitautor Hinz betont, die Zölle seien langfristig für alle Beteiligten nachteilig. Akut Sorge der US-Kurs dafür, dass das Liefervolumen in die USA sinkt,

während es für die Vereinigten Staaten immer schwerer werde, Zugang zu neuen Märkten zu erhalten.

Wie die USA die globale Wirtschaft auf die Probe stellen

Trump wäre nicht Trump, würde er wegen allzu deutlicher Worte von Experten von seiner Position abweichen. Dessen war und ist man sich nicht nur in Europa bewusst. Entsprechend deutlich bezogen europäische Länder zu den Drohungen im Grönland-Konflikt Stellung. Bundeskanzler Friedrich Merz wies die Maßnahmen, wie seine Kolleginnen und Kollegen in anderen potenziell mit neuen Zöllen belegten Staaten, zurück. Merz verwehrt sich gegen die Zolldrohungen und warnte vor einer unkalkulierbaren Eskalationsspirale. In einer gemeinsamen Erklärung zum Thema Grönland unterstrichen insgesamt 8 Länder Europas ihre Entschlossenheit, die Souveränität der Gemeinschaft zu wahren. In derselben Stellungnahme hieß es außerdem, die von Trump kritisierte gemeinsame Militärübung Mitte Januar in der Arktis stelle „für niemanden eine Bedrohung“ dar. Für die NATO sei eine Außengrenze zudem vollkommen ausreichend.

Die USA müssten mit Gegenmaßnahmen rechnen, sollten ab Februar bzw. Juni ergänzende Zölle von bis zu 25 % auf Exporte in die USA angesetzt werden. Anders als europäische NATO-Partner gibt es im wirtschaftlichen Umfeld durchaus Reaktionen auf die US-Zölle, die Trump in seiner Position bestätigen dürften. So lenkten mehrere große Unternehmen aus dem Pharma- und Automobilsektor wie Merck oder Volkswagen ein, indem sie individuelle Abkommen anstrebten oder Investitionsgarantien für den US-Markt abgaben bzw. solche bereits getätigt hatten.

Ölpreise zeigen sich unbeeindruckt vom amerikanischen Marktdruck

Abseits der politischen Dimensionen des Zollstreits geht es im Folgenden um die Spuren, die die Entwicklungen in Iran oder Venezuela auf dem globalen Rohstoffmarkt hinterlassen haben. Gerade in einem Bereich fallen die Auswirkungen kaum ins Gewicht: auf dem Ölmarkt. Mit seinen Plänen zu einem Lieferdeal hinsichtlich venezolanischen Öls war der US-Präsident rasch erfolgreich, Nutznießer ist unter anderem der niederländische Konzern Vitol. Weitere Verkaufspläne befanden sich in Vorbereitung. Auffallend war, dass es sich beim leitenden Vitol-Ölhändler John Addison um einen Spender handelte, der 2 Millionen US-Dollar an die Trump-nahe Organisation PACS gespendet hatte.

Dem Konzern zufolge habe es sich hier jedoch um eine private Angelegenheit gehandelt. Auch andere Profiteure wie der Rohstoffhändler Trafigura sollen nach Angaben der Transparenz-Plattform OpenSecrets mittlere Summen in Lobbyismus in den USA investiert haben. Das Weiße Haus wies Kritik an der Auswahl seiner Geschäftspartner bezüglich des venezolanischen Ölmarktes von sich.



Die Ölpreise ließen nur kurzzeitig stärkere Ausbrüche erkennen (Quelle: finanzen.net).

Schaut man sich die Preisbewegung bei Öl an, wird deutlich: Die Ausschläge an den Märkten waren bis Ende Januar eher von kurzer Dauer und nicht sonderlich gravierend. In den ersten Wochen des neuen Jahres unternahm der Kurs der US-Sorte West Texas Intermediate (WTI) den Versuch, in die Region über 62 US-Dollar zurückzukehren, scheiterte dabei jedoch. So notierte der Preis schlussendlich wieder unter 60 US-Dollar. Bei der Nordseesorte Brent zeigte sich ein vergleichbares Bild. Ein Grund für die Entspannung war die Tatsache, dass die Krise in Iran weltpolitisch zeitnah wieder in den Hintergrund rückte. Die zwischenzeitliche Panik an den Märkten ebte ebenso schnell ab, wie sie aufgekommen war.

Nahost-Krisen sind für das laufende Jahr unberechenbar

Die Möglichkeit eines Angriffs auf Iran wegen der unsicheren politischen Lage war laut Branchenkennern aber nur bedingt eingepreist. Das Sprichwort von der Ruhe vor dem Sturm könnte sich hier durchaus ein weiteres Mal bestätigen. Gerüchte besagten, die USA könnten ihre militärische Präsenz im Nahen Osten während des ersten Quartals nochmals ausweiten. Ein Vorbote waren Pressemeldungen zur Verlegung eines US-Flugzeugträgers in die Region. Die Ölkurse zeigen sich angesichts der Spekulationen über eine Zuspitzung der Krise in Iran, des andauernden Zollstreits und anderer Problemlagen eher gelassen. Volatilität? Ja. Unter fundamentalanalytischen Gesichtspunkten blieben die Marktteilnehmer vergleichsweise gelassen. Nach dem Dezember-tief mit einem folgenden Plus von bis zu 7 % gab es keine Signale für eine wesentliche Zunahme der Teuerung.

Die geopolitischen Unruhen waren und bleiben eher in einem engen Kurskorridor eine Art Preistreiber. Wie bei Zöllen liegt die Verantwortung für die nötige Stabilität beim US-Präsidenten. Dies gilt im gleichen Maße für das Risiko innerhalb zahlloser Anlageklassen und damit auch auf dem Rohstoffmarkt. Die unten angeführten Charts zu den wichtigsten Industriewerten zeigen auf, mit welcher Preislast die Industrie momentan zu kämpfen hat.

Was tun, wenn die USA noch mehr auf Zölle setzen?

Sorgenkind der Industrie in Deutschland und Europa bleiben die sogenannten Seltenen Erden. Erneuerbare Energien, Mobilfunk, E-Mobilität und zahlreiche andere Wachstumsmärkte sind auf eine lückenlose Versorgung aus dem Ausland angewiesen. In allen genannten Sparten ist Wachstum dieser Tage nicht oder nur zu einem höheren Preis praktikabel. Weder Digitalisierung noch Elektrifizierung gelingen allein durch führende Versorger wie China. Das Mercosur-Abkommen soll die Abhängigkeit von der Volksrepublik und ähnlich wichtigen Zulieferstaaten senken. Diese Sorge teilen auch die USA, die trotz des Zollstreits auf Peking angewiesen sind. Mercosur-Staaten werden die Engpässe letztlich nur zu einem geringen Teil ausgleichen können, da China nicht nur der größte Anbieter Seltener Erden ist. Für die Weiterverarbeitung geförderter Rohstoffe ist das Land ebenso wichtig. Die Preise steigen. Die künstliche Verknappung durch die chinesische Regierung zur Wahrung eigener Interessen befeuert die Markttendenzen.



Nach der Schwäche im November legten Chinas Dysprosium-Exporte wieder zu (Quelle: Rohstoff.net/Chinesische Zollbehörde).

Die Europäische Union sieht in den Beziehungen mit den Mercosur-Staaten eine Stärkung des Handels und der Investitionen in kritische Rohstoffe. Ein Ausgleich chinesischer Lieferungen ist wegen Chinas Dominanz auf dem Weltmarkt weder bei Dysprosium noch bei anderen Seltenen Erden denkbar. Die Vormachtstellung der Volksrepublik könnte sich durch andere Versorgungswege dennoch in einzelnen Industrieumgebungen brechen lassen. Bei anderen für die Industrie bedeutsamen Rohstoffen könnten die langfristigen Vereinbarungen ähnliche leichte Entspannungen bringen. Jede Option verhilft Europa zu einer besseren Position im Kampf um bezahlbare Rohstoffe.

Industriewerte wie Kupfer oder Eisenerz verdienen im Kontext gleich neben Lithium Erwähnung – im Fall von Lithium sei auf das aus Chile, Bolivien und Argentinien bestehende „Lieferantendreieck“ der Region hingewiesen.



ABSCHIED VON DEN USA ALS WICHTIGSTEM HANDELSPARTNER?

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Ländern der südamerikanischen Wirtschaftsorganisation Mercosur soll der Grundstein einer besseren Diversifizierung für Europas Unternehmen sein. Der Industrie soll das Bündnis einen besseren Zugang zu Produkten und Rohstoffen aus der Region bringen. Heimische Firmen und Einkäufer sind ungeachtet der künftigen Kooperation gut beraten, weitere individuelle Quellen für eine reibungslose Versorgung mit branchenrelevanten Partnern aufzubauen, um unabhängiger von Lieferanten aus den USA und China zu werden.

Genau diese Länder könnten durch das Mercosur-Abkommen für Europa zu einer Entspannung im Preiskampf auf dem Rohstoffmarkt werden. Die Preise Seltener Erden sind im Vergleich zum Vorjahr vereinzelt um ein Viertel gestiegen. Bei Industriemetallen wie Aluminium, Kupfer, Kobalt und Wolfram entwickelte sich das preisliche Dilemma ähnlich schwierig. In einigen Fällen wurde gar eine Verdopplung der Kurse erkennbar.

In diesem Zusammenhang lohnt sich der Blick auf die Charts und Analysen ab Seite 8, die in dieser Sonderausgabe erstmals eine Rolle spielen. Positive Trends zeigten sich gegenüber dem Vormonat und über diesen Zeitraum bei einer ganzen Reihe von Industrierohstoffen wie etwa Nickel. Bei Edelmetallen zeigt sich seit längerem eine noch gravierende Aufwärtskorrektur der Preise, die noch länger Bestand haben dürfte. Denn auch die trendauslösenden Faktoren werden die Wirtschaft noch länger begleiten.



ENERGIE- UND INDUSTRIEWERTE BLEIBEN EIN KOSTENFAKTOR

Auf Preisentlastungen ohne Gegenleistung zu hoffen wird für deutsche Unternehmen nicht zielführend sein. Die engeren Beziehungen zu Ländern Südamerikas können im Zuge der Entlastung nur ein Bauteil sein. Fraglich ist, welche Zugeständnisse Europa machen kann und muss, um stabile Kontakte zu den USA aufrechtzuerhalten. Ein enger Zusammenhalt in der EU dürfte eine ähnliche Bedeutung haben wie die Bereitschaft zu Gesprächen mit der US-Regierung und China. Unternehmen sollten sich nicht nur auf politische Unterstützung verlassen, sondern auch eigene Optionen ausloten.

Preise auf dem Stahl- und Schrottmarkt im Aufwind zum Jahresübergang

Die letzten Monate waren sowohl im Bereich der Stahl- als auch der Schrottpreise von uneinheitlichen Bewegungen gekennzeichnet. Zum Start des Jahres 2026 mehren sich die Hinweise auf eine Trendwende mit zunehmenden Aufwärtstendenzen. Vom Dezember zum Januar gab es in der Sparte der entscheidenden Stahlpreise mit der Sorte Quarteblech nur noch einen einzigen Wert mit einer negativen Entwicklung. Alle übrigen Stahlpreise konnten immerhin leicht zulegen. Weitaus offensichtlicher war zum Jahresende der Trend der Schrottpreise. Eben hier zeigte sich wegen des Zollstreits durchgehend ein Aufschwung.

Stahl: Preisentwicklungen bei ausgewählten Sorten (in €/Tonne)

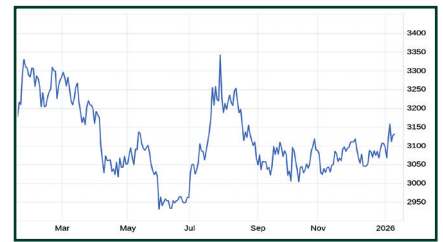
	NOV. 2025	DEZ. 2025	JAN. 2026	VERÄNDERUNG
Warmbreitband	610	608	621	2,14 %
Quarteblech	708	730	727	-0,41 %
Feinblech	705	712	722	1,40 %
Betonstahl	580	578	581	0,52 %
Stabstahl	652	650	653	0,46 %
Walzdraht	664	662	665	0,45 %

Quelle: MBI Stahl Monitor, Angaben in €/Tonne

Schrottpreise 2025 (Lagerverkaufspreise, Deutschland)

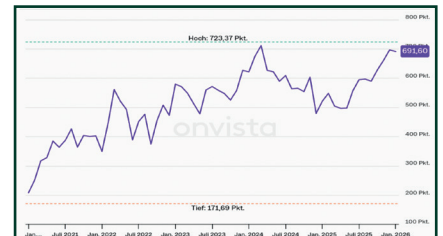
	SEPT. 2025	OKT. 2025	NOV. 2025	DEZ. 2025	VERÄNDERUNG
Stahlschrott	227,5	220,3	229,4	236,1	2,92 %
Stahlneuschrott	281,7	268,5	272,0	282,5	3,86 %
Schwerer Stahlschrott	270,4	252,6	258,3	272,5	5,50 %
Schredderstahlschrott	268,9	256,0	264,2	269,4	1,97 %
Stahlspäne	236,3	224,8	229,8	233,8	1,74 %

Quelle: www.bdsv.org, Angaben in €/Tonne



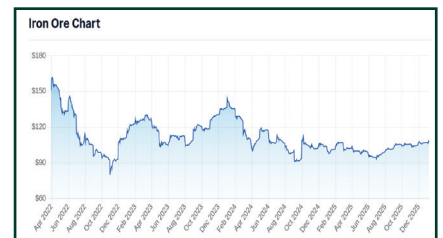
Stahl-Kassapreis

Quelle: www.tradingeconomics.com



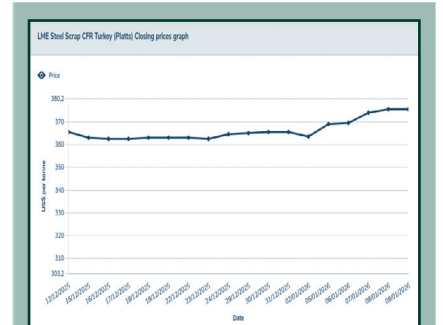
DowJones-US-Iron-Steel-Price

Quelle: www.onvista.de



Eisenerzpreise

Quelle: www.marketindex.com.au



Preise ausgewählter Schrottsorten

Quelle: www.lme.com/Metals/Ferrous/Steel-Scrap#tabIndex=2

KUPFER

Kupferpreis Chart in Euro - 3 Jahre



ENTWICKLUNG ZUM ÜBERFLIEGER DER SPARTE DOMINIERT – Viele Industriebereiche stehen unter dem Einfluss des Ausbruchs der Preise am Kupfermarkt. In Euro ist der Kurs des Metalls allein in den vergangenen drei Monaten um mehr als ein Viertel gestiegen. Einkäufer sollten sich auf weiterhin zunehmende Belastungen vorbereiten.

ALUMINIUM

Aluminiumpreis Chart in Euro - 3 Jahre



EINE ERHOLUNG AUF DAS NIVEAU AUS 2022 KÜNDIGT SICH – Mit einem Anstieg um gut 12 % seit dem Vormonat und mehr als 16 % im Zeitraum von drei Monaten gehört der Alupreis während der ersten Wochen des neuen Jahres ein weiteres Mal zu den großen Gewinnern im Bereich der Industriemetalle. Daran dürfte sich vorerst wenig ändern.

NICKEL

Nickelpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➤ **WERDEN 15.000 EURO 2026 ZUM ZENTRALEN DREHPUNKT?** – Die Anzeichen im Forward-Sektor bleiben für den Nickelpreis auch hinsichtlich der aktuellen Kursbewegungen nicht ohne Folgen. Entscheidend ist hier der Verlauf während der letzten 12 Monate. Nur langsam zeichnet sich für den Kurs eine echte Rückkehr in die Gewinnzone ab.

BLEI

Bleipreis Chart in Euro - 3 Jahre



➤ **STEHT DIE KORREKTUR BEI BLEI VOR EINER LANGFRISTIGEN UMKEHR?** – Nach wiederholten Versuchen im Vorjahr, dauerhaft über 1.750 Euro zurückzukehren, könnte der Preis bis zum Frühjahr Erfolge verzeichnen. Der Anstieg um 7 % binnen vier Wochen deutet an, wohin sich der Bleikurs in den kommenden Wochen bewegen könnte.

ZINK

Zinkpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➤ **DER KURS SUCHT ZUM NEUEN JAHR NACH VERLÄSSLICHKEIT** – Während des Dezembers wurde eine ausgesprochen deutliche Bereinigung des Zinkpreises erkennbar. Zeitweise brach der Kurs unter 2.600 Euro ein. In dieser Region notierte er zuletzt Anfang des dritten Quartals 2025. Seither ist Zink um die Rückkehr über 2.800 Euro bemüht.

ZINN

Zinnpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➤ **EINKAUF LEIDET UNTER DEM FOLGENSCHWEREN AUFWÄRTSTREND** – Die Korrektur von Ende Dezember fiel zum Redaktionsschluss kaum noch ins Gewicht. Auch hier zeichnet sich allmählich ein Ausbruch auf den Stand aus der Frühphase des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine ab. 40.000 Euro könnten bald schon die Talsohle des Trends sein.

GOLD

Goldpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➤ **AUCH 2026 ERLEBT DIE REKORDJAGD EINE STARKE FORTSETZUNG** – Nachdem die Monate Oktober und November wiederkehrend eine schwierige Phase für den Kurs des Edelmetalls waren, ist von diesem Trend im neuen Jahr nichts mehr zu sehen. Im Gegenteil: Ein Preis oberhalb der Schwelle von 4.000 Euro ist inzwischen zusehends wahrscheinlicher.

SILBER

Silberpreis Chart in Euro - 3 Jahre



➤ **DER KURS KENNT SEIT DEM VORJAHR NUR EINE RICHTUNG** – In diesem Umfeld des Marktes gab es lediglich zum Jahreswechsel eine kurze Entspannungsphase. Die starke Nachfrage durch die Industrie und Anleger verhinderte einen drohenden Rückgang unter 60 Euro. Im ersten Quartal könnte ein Ausbruch über 75 Euro bevorstehen.

Übersicht ausgewählter Rohstoffpreise:

	KURS	1 MONAT	3 MONATE	12 MONATE
Brent Crude Oil	55,31	8,80 %	5,20 %	-29,70 %
Light Sweet Crude	51,27	7,60 %	3,80 %	-32,40 %
Erdgaspreis - Natural Gas	2,67	-21,90 %	3,50 %	-30,50 %
Heizöl	51,03	5,40 %	3,20 %	-24,40 %
RBOB Gasoline	1,54	6,90 %	-2,50 %	-24,90 %
Naphthapreis	441,67	3,30 %	-0,30 %	-30,40 %
Gold	3963,40	7,20 %	8,70 %	50,70 %
Silber	77,58	37,50 %	74,20 %	162,20 %
Platin	2021,27	24,40 %	45,80 %	120,70 %
Palladium	1562,42	11,50 %	22,50 %	68,90 %
Kupfer	11212,50	12,30 %	24,10 %	26,80 %
Aluminium	2703,08	9,60 %	13,40 %	3,40 %
Nickel	15201,56	25,00 %	18,70 %	-1,40 %
Blei	1739,66	6,70 %	4,70 %	-7,70 %
Eisenerz	90,40	---	---	3,10 %
Zink	2761,29	6,90 %	4,50 %	-1,60 %
Zinn	42629,06	18,70 %	50,00 %	48,90 %
Uranpreis Futures	85,25	8,50 %	9,29 %	15,28 %

Quelle der Rohstoffpreise: Finanzen.net, finanzen.net & Tradingeconomics

Preise für Metallerzeugnisse:

BEZEICHNUNG	SEPT. 2025	OKT. 2025	NOV. 2025	VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORMONAT IN %
Blöcke, andere Roherzeugnisse aus Kohlenstoffstahl	105,2	105,5	102,0	-3,32 %
Blöcke, Rohformen u. Halbzeug aus legiertem Stahl	109,5	109,5	109,3	-0,18 %
Flacherzeugnisse aus unlegiertem Stahl, >=600mm	94,1	92,6	91,2	-1,51 %
Flacherzeugnisse aus nicht legiertem Stahl <600mm	116,6	115,6	115,5	-0,09 %
Flacherzeugnisse aus nicht legiertem Stahl >=600mm	105,6	105,6	105,1	-0,47 %
Flacherzeugnisse aus and. legiertem Stahl >=600 mm	111,3	110,9	110,2	-0,63 %
Flacherzeugnisse a. nicht legiertem Stahl, >=600mm	84,8	84,9	85,6	0,82 %
Flacherzeugnisse aus nicht legiertem Stahl, <600mm	94,2	94,0	94,9	0,96 %
Walzdraht aus nicht legiertem Stahl	99,3	98,7	97,0	-1,72 %
Stabstahl a. Stahl, nur geschmiedet, nur warmgewalzt	97,6	96,6	96,4	-0,21 %
Walzdraht, warmgewalzt, aus Wälzlagerstahl	107,7	107,4	108,3	0,84 %
Stabstahl, warmgewalzt	109,5	111,6	109,1	-2,24 %
Offene Profile, aus unlegiertem Stahl, warmgewalzt	83,2	81,4	87,6	7,62 %
Andere Rohre mit kreisförm. Querschnitt, aus Stahl	132,2	132,0	131,9	-0,08 %
Rohre für Öl-, Gasfernleitung, geschweißt, aus Stahl	121,3	121,4	122,1	0,58 %
Geschweißte Rohre, Außendm. >406,4 mm, aus Stahl	127,4	127,4	127,0	-0,31 %
Geschweißte Rohre m. kreisförm. Querschn., Durchm.	118,7	119,2	119,3	0,08 %
Flansche, Rohrform-, -verschluss-, verbindungsstücke	136,8	136,5	136,0	-0,37 %
Stäbe, Vollprofile, kaltgezo., aus n. legiertem Stahl	106,9	107,6	108,1	0,46 %

BEZEICHNUNG	SEPT. 2025	OKT. 2025	NOV. 2025	VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORMONAT IN %
Stäbe u. Vollprofile,kaltgezogen,a.legiertem Stahl	137,0	140,6	140,5	-0,07 %
Stäbe,Vollprofile,kaltgezog.,aus n. rostend. Stahl	119,4	119,3	119,0	-0,25 %
Kaltgewalzte Flacherzeugn.,aus Stahl,n. überzogen	107,2	106,8	106,9	0,09 %
Offene Kaltprofile aus nicht legiertem Stahl	97,7	95,5	95,7	0,21 %
Sandwich-Platten aus beschichtetem Stahlblech	118,2	118,3	117,8	-0,42 %
Kaltgezogener Draht aus nicht legiertem Stahl	106,2	105,0	104,8	-0,19 %
Kaltgezogener Draht aus nicht rostendem Stahl	112,6	113,5	113,6	0,09 %
Kaltgezogener Draht aus anderem legierten Stahl	119,7	119,9	119,9	0,00 %
Silber, in Rohform oder als Halbzeug oder Pulver	154,6	181,8	188,4	3,63 %
Gold, in Rohform als Halbzeug oder Pulver	192,7	219,4	219,3	-0,05 %
Platin, in Rohform od. als Pulver und als Halbzeug	136,9	149,2	152,6	2,28 %
Aluminium in Rohform, Aluminiumlegierungen	115,2	116,1	119,1	2,58 %
Stangen (Stäbe) und Profile, aus Aluminium	114,2	113,1	113,8	0,62 %
Bleche,Bänder aus Aluminium, Dicke>0,2mm	105,0	104,7	106,7	1,91 %
Folien,dünne Bänder,aus Aluminium, Dicke<=0,2mm	129,7	129,4	129,3	-0,08 %
Blei, in Rohform	91,5	92,0	95,6	3,91 %
Zink, in Rohform	108,2	110,2	116,3	5,54 %
Stangen,Prof.,Draht,Bleche,Bänder,Folien, aus Zink	115,3	117,5	124,6	6,04 %
Raffiniert. Kupfer u. -leg.,in Rohf.,Kupfervorleg.	107,5	116,5	118,0	1,29 %
Stangen u. Profile aus Kupfer u. Kupferlegierungen	119,6	120,3	122,2	1,58 %
Draht aus Kupfer und Kupferlegierungen	120,0	124,1	124,7	0,48 %
Bleche,Bänder,aus Kupfer,-legier., Dicke>0,15mm	121,9	127,1	128,3	0,94 %
Rohre,-form-, -verschluss-, -verbind.stü.,aus Kupfer	108,7	113,6	114,9	1,14 %
Stangen, Profile, Draht, aus Nickel,-legierungen	106,0	104,1	105,1	0,96 %
Bleche,Bänder,Folien,aus Nickel,Nickellegierungen	129,4	129,3	129,2	-0,08 %
Sonstige NE-Metalle u. Erz. Daraus,Cermets,Abfälle	125,9	126,4	126,0	-0,32 %
Teile aus Gusseisen mit Kugelgraphit	120,6	120,2	120,1	-0,08 %
Teile aus nicht verformbarem Gusseisen (Eisenguss)	124,7	124,6	124,9	0,24 %
Teile aus Stahlguss	130,6	130,4	130,3	-0,08 %
Teile aus Leichtmetallguss	118,4	118,1	118,1	0,00 %
Teile aus Buntmetall-/Schwermetallguss	122,7	123,0	123,0	0,00 %
Vorgefert. Gebäude aus Eisen, Stahl oder Aluminium	136,4	136,4	136,1	-0,22 %
Türme und Gittermaste, aus Eisen oder Stahl	134,9	136,9	138,9	1,46 %
Andere Konstruktionen,Konstrukt.teile,Bleche,Stäbe	126,0	125,9	126,7	0,64 %
Tore, Türen, Fenster, Rahmen aus Eisen, Stahl	128,3	128,7	128,7	0,00 %
Heizkörper f. Zentralheiz.,n. elekt. Beheizt,Teile	123,5	123,5	123,6	0,08 %
Zentralheizungskessel für die Warmwassererzeugung	129,2	127,0	127,0	0,00 %
Tanks, Sammelbehälter, Fässer, Bottiche >300l	123,9	124,1	124,4	0,24 %
Behälter f. verdicht. od. verflüss. Gase,aus Eisen	122,0	122,0	122,0	0,00 %
Dampfkessel f. Heißwasser-,Niederdruckdampferzeug.	127,0	127,0	127,0	0,00 %
Hilfsapparate f. Zentralheizungskessel,Dampfkessel	134,5	134,5	134,5	0,00 %
Teile für Dampfkessel, Hilfsapparate für Kessel	117,2	117,2	117,2	0,00 %
Freiformschmiedestücke,Kaltfließpr.teile,aus Stahl	125,2	125,1	124,7	-0,32 %
Gesenkschmiedeteile aus Stahl und NE-Metall	124,0	123,8	123,6	-0,16 %
Blechformteile, aus Stahl und NE-Metall	116,2	115,6	115,5	-0,09 %
Überzüge von Metallen	124,7	123,3	124,2	0,73 %
Wärmebehandlung v. Metallen (oh. metall. Überzüge)	128,1	128,1	128,1	0,00 %
Andere Veredlung von Metalloberflächen	125,8	125,8	125,6	-0,16 %
Drehteile aus Metall	113,2	113,0	113,0	0,00 %
Andere Mechanikleistungen, a.n.g.	119,9	121,2	123,1	1,57 %

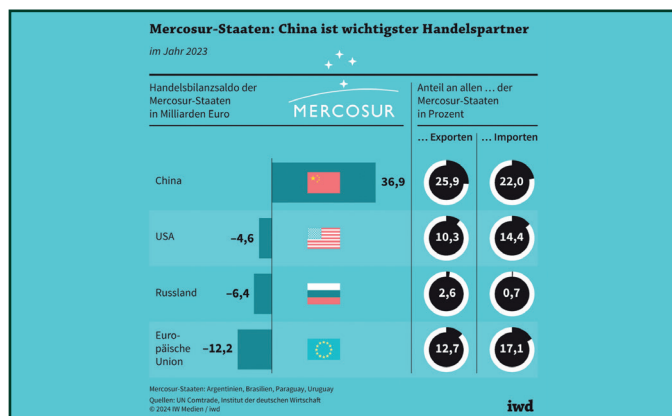
KURZMELDUNGEN

Verbände fordern klare politische Weichenstellungen für 2026

Sage und schreibe 26 Jahre haben die Gespräche zum Mercosur-Abkommen zwischen der EU und dem gleichnamigen Staatenbund in Südamerika in Anspruch genommen. 2026 kamen die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss. Über 700 Millionen Menschen sollen durch die transatlantische Freihandelszone in vielen Bereichen in den Genuss sinkender Preise kommen. Wie immer könnte es Gewinner und Verlierer geben. In Europas Landwirtschaft wird das Bündnis längst nicht von allen begrüßt. Vielen Branchen soll nach Aussagen der Verhandlungsführer beider Seiten aber eine bessere Positionierung auf dem Weltmarkt eröffnet werden. Als führender europäischer Wirtschaftsstandort könnte dies im Besonderen Deutschlands Wirtschaft auf die Sprünge helfen. Die großen Probleme können dadurch zumindest etwas kleiner werden.

Mercosur-Abkommen soll US-Sorgen teils auffangen

Das Abkommen soll auf transatlantischer Ebene eine Wirtschaftsleistung von 21 Billionen US-Dollar pro Jahr ermöglichen. Die Öffnung Südamerikas ist insofern ein spezieller Fall, da sich die Staaten über Jahrzehnte regelrecht abgeschottet und ihre Märkte für Europa nur sehr begrenzt zugänglich gehalten hatten. Medien diskutierten in den vergangenen Monaten entsprechen rege, in welchem Umfang das neue Bündnis Einfluss auf die Weltordnung haben kann. Die politische Zeitenwende in den USA dürfte sich auf die Entscheidungsfreude aller Parteien am Verhandlungstisch günstig ausgewirkt haben. Schließlich sind Länder auf beiden Seiten immer wieder Ziel der Zolldrohungen Trumps gewesen. Dieser empfindet die künftige Partnerschaft fraglos als Affront und könnte weitere Schutzmaßnahmen ergreifen. Die am Abkommen beteiligten Ländern könnten dafür auf mehr Rückhalt ihres jeweiligen Partners vertrauen, um die Folgen neuer Zölle aufzufangen. Zunächst aber konnte das Abkommen wegen mangelnder Zustimmung bekanntlich nicht zum Abschluss gebracht werden. Die mitverantwortlichen EU-Grünen boten indes umgehend ihre Mitwirkung im Sinne einer schnellen Ratifizierung an.



Derzeit belegt China Platz 1 der wichtigsten Mercosur-Handelspartner (Quelle: UN Comtrade/IW/iwd).

Die EU muss nun einen Weg finden, wie sie mit Kritik von Umweltschützern und Menschenrechtsorganisationen umgehen möchte. Problematisch sind zu geringe oder fehlende Umwelt- und Agrarstandards. Auch die Arbeitsbedingungen – etwa in

Brasilien – werden von NGOs als moralisches Problem angeführt. Die EU nimmt in diesen Bereichen Abstriche in Kauf. Sollten die Vereinigten Staaten die „Zollschrauben“ 2026 nochmals anziehen, steht das ohnehin geringe Wachstum auf dem Spiel.

Trump bleibt der Unsicherheitsfaktor in diesem Jahr

Wie viel von der aktuellen US-Zollpolitik abhängt, erläuterte unter anderem der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Peter Leibinger. Neue Zölle der USA würden Deutschlands Wachstum „in erheblichem Maße drücken“. Die Bedrohung ist real, drohte Trump doch mit gleich 2 Eskalationsstufen ab Februar, sollte Europa im Streit um Grönland seinen Wünschen nicht Folge leisten. Zwar versprach Donald Trump Ende Januar eine Lösung, mit der die NATO seiner Meinung nach zufrieden sein werde. Während seiner zweiten Amtszeit hatte der US-Präsident aber mehrfach deutlich gemacht, dass er mit derartigen Formulierungen vorrangig seine eigene Zufriedenheit meint.

Der BDI-Chef stellt sich unmissverständlich auf die Seite der deutschen Regierung und der EU, wenn er sagt, Europa müsse eine geschlossene und selbstbewusste Reaktion zeigen. Der Verband erwartet für 2026 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,0 %. Etwaige Ergänzungszölle waren in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. Besagtes Plus wäre, so Leibinger, ein elementares Hoffnungssignal nach 3 Jahren der Stagnation.

Bundeskabinett muss sich handlungsbereit erweisen

Groß sind auch die Verbandsforderungen in Richtung der deutschen Politik. Für den BDI und andere Verbände stehen allzu bekannte Aspekte im Vordergrund: Die Regierung müsse endlich eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ins Visier nehmen. 2026 sei das Jahr, in dem die endgültige Wende auf den Weg gebracht werde. Dazu brauche es beschleunigte strukturelle Reformen. Konsequenter Abbau von Bürokratie, Senkungen der Systemkosten im Energiesektor und kürzere Genehmigungsverfahren bilden für den BDI den Kern, um den freien Fall des Wirtschaftsstandorts Deutschland aufzuhalten. Die Regierung Merz muss unter Beweis stellen, dass sie die Ängste der Wirtschaft ernst nimmt.